

**Nr. 19/255**

**Transparenz bei Nebenverdiensten schaffen**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 8. Dezember 2015  
(Drucksache [19/215](#))

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

**Nr. 19/256**

**Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. 5. Bericht über die Tätigkeit des Landesbehindertenbeauftragten für den Zeitraum vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2014 vom 4. Januar 2016 (Drucksache [19/232](#))
2. Angriffe gegen Polizeibeamte: Punkten mit Randalen? Große Anfrage der Fraktion der SPD vom 16. Februar 2016 (Drucksache [19/283](#))

**Nr. 19/257**

**Aktuelle Stunde**

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Peter Zenner, Dr. Magnus Buhler, Lencke Steiner und Fraktion der FDP eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

**„Was kann und was muss Polizei gewährleisten?“**

**Nr. 19/258**

**Konsensliste**

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 14. März 2016

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren beim Bürgerantrag Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE LINKE und der FDP vom 21. Januar 2016 (Drucksache [19/254](#))  
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

2. Gesetz über die Änderung des Verfahrens zur Verleihung von Rechten einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsgemeinschaften  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 7. Dezember 2015  
(Neufassung der Drucksache [19/169](#) vom 24. November 2015)  
(Drucksache [19/207](#))  
2. Lesung  
  
Der Antrag ist erledigt durch die Drucksache [19/309](#).
3. Gesetz über die Änderung des Verfahrens zur Verleihung von Rechten einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsgemeinschaften  
  
Bericht und Antrag des nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Bremischen Landesverfassung – Körperschaften – Artikel 61 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vom 26. Februar 2016  
(Drucksache [19/309](#))  
2. Lesung  
  
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den Artikel 1 des Gesetzes in zweiter Lesung.  
  
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Bremischen Landesverfassung Kenntnis.
4. Wahl eines Mitglieds des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses  
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete  
  
Kabire Yildiz  
  
anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Anne Schierenbeck zum Mitglied des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses.
5. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit  
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete  
  
Kabire Yildiz  
  
anstelle der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit.
6. Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau  
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete  
  
Kabire Yildiz  
  
anstelle der Abgeordneten Sülmez Dogan zum Mitglied und die Abgeordnete  
  
Sülmez Dogan  
  
anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Anne Schierenbeck zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau.
7. Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung  
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete  
  
Kabire Yildiz  
  
anstelle der Abgeordneten Dr. Henrike Müller zum Mitglied der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung.
8. Bericht und Antrag über die 24. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 30. August bis 1. September 2015 in Rostock, Mecklenburg-Vorpommern

Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft  
vom 1. März 2016  
(Drucksache [19/310](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Empfehlungen des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht und der Anlage des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

9. Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 7  
vom 4. März 2016  
(Drucksache [19/319](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

10. Wahl eines Mitglieds des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses  
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten  
Turhal Özdağ  
anstelle des Abgeordneten Dr. Thomas vom Bruch zum Mitglied des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses.

11. Wahl eines Mitglieds des staatlichen Petitionsausschusses  
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten  
Turhal Özdağ  
anstelle des Abgeordneten Sascha Lucht zum Mitglied des staatlichen Petitionsausschusses.

12. Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Rechtsausschusses  
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten  
Turhal Özdağ  
anstelle des Abgeordneten Wilhelm Hinners zum Mitglied und den Abgeordneten  
Wilhelm Hinners  
anstelle des Abgeordneten Thomas Röwekamp zum stellvertretenden Mitglied des Rechtsausschusses.

13. Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Kultur  
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt  
Dr. phil. Anne Kroh  
anstelle der Abgeordneten Kabire Yildiz zum Mitglied der staatlichen Deputation für Kultur.

## **Nr. 19/259**

### **Evaluation der Schulreform und Weiterentwicklung des Bildungskonsenses**

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE LINKE und der FDP  
vom 24. Februar 2016  
(Drucksache [19/308](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zur Evaluation und Bewertung der Schulreform ein externes Expertenteam zu berufen. Dieses soll die in den vergangenen acht Jahren ergriffenen Maßnahmen überprüfen, bewerten und eine fundierte Rückmeldung geben, ob und welche weiteren Entwicklungsschritte gegebenenfalls über das Jahr 2018 hinaus zu unternehmen sind, um die Leistungsfähigkeit des Schulsystems im Land Bremen weiter zu

verbessern, die soziale Kopplung zwischen Elternhaus und Schulerfolg weiter zu reduzieren und die Inklusion voranzutreiben.

2. Im Rahmen der alle relevanten Aspekte der jeweiligen Untersuchungsfelder umfassenden Evaluation und Bewertung sollen besonders folgende Punkte berücksichtigt werden:
  - a) Zwei-Säulen-Modell der Schulstruktur und Entwicklungslinien „guter Schule“ für die Oberschulen und Gymnasien,
  - b) Inklusion,
  - c) Ganztagschule,
  - d) Beschulung und Integration von Neuzuwanderern in das Schulsystem,
  - e) frühkindliche Bildung, Zusammenarbeit Kindertagesstätte – Grundschule, Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung,
  - f) Umgang mit Heterogenität (u.a. auch unter sozialräumlichen und geschlechterspezifischen Gesichtspunkten) und längeres gemeinsames Lernen,
  - g) Sprachförderung und Förderung von Migrantinnen und Migranten,
  - h) Maßnahmen der besonderen Förderung von Schülerinnen und Schülern (auch mit Blick auf besonders Begabte),
  - i) Erreichen von Schulabschlüssen,
  - j) Oberstufenstruktur und Anbindung von Oberschulen an gymnasiale Oberstufen, Durchgängigkeit und Durchlässigkeit der allgemeinbildenden und berufsbildenden Systeme, Gy 8/Gy 9,
  - k) Werkschule,
  - l) Entwicklung von Teamschulen, Anpassung von Leitungsstrukturen und Stärkung des fachlichen Unterrichts,
  - m) Unterstützungssystem (u. a. Zentren für unterstützende Pädagogik [ZuP], Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren [ReBUZ], Landesinstitut für Schule Bremen [LIS], Lehrerfortbildungsinstitut Bremerhaven),
  - n) Reform der Lehrerausbildung, z. B. mit Blick auf die neuen Querschnittsaufgaben Inklusion, Deutsch als Zweitsprache und die Veränderung der Unterrichtsdidaktik im digitalen Zeitalter,
  - o) Schulsozialarbeit,
  - p) Eigenständigkeit von Schulen,
  - q) Berufsorientierung und handlungsorientierter Unterricht in allgemeinbildenden Schulen, Attraktivität und Übergang in das duale Ausbildungssystem sowie Entwicklung der Jugendberufsagentur.
3. Zur Vorbereitung und Unterstützung der Evaluation soll die staatliche Deputation für Kinder und Bildung die kontinuierliche Begleitung durch die in der staatlichen Deputation vertretenen Fraktionen sicherstellen.
4. Bei der Evaluation sollen auch die Vertreterinnen und Vertreter der Eltern, der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte und weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingebunden werden.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, bis zum Ende des ersten Halbjahrs 2016 die erforderlichen Schritte einzuleiten, sodass mit der externen Evaluation mit Beginn des zweiten Halbjahrs 2016 begonnen werden kann. Der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung ist im Lauf des ersten Quartals 2016 über die unternommenen Schritte und die Einzelheiten der beabsichtigten Auftragsvergabe zur Evaluation zu berichten.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet die staatliche Deputation für Kinder und Bildung, nach Vorliegen und unter Einbeziehung der Evaluationsergebnisse, zeitnah eine Agenda als Verhandlungsgrundlage zur Fortführung des Bildungskonsenses vorzulegen.

## **Nr. 19/260**

### **Menschen vor Haushaltssanierung – Haushalte bedarfsgerecht und transparent aufstellen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 15. März 2016

(Neufassung der Drucksache [19/329](#) vom 9. März 2016)

(Drucksache [19/344](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffern 1 bis 3 und 5 bis 10 des Antrags ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Ziffer 4 des Antrags wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

4. die Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft in jeder Hinsicht zu unterstützen, um eine Verabschiedung des Haushalts noch vor der Sommerpause zu ermöglichen. Dazu ist es insbesondere notwendig, dem Parlament umgehend sämtliche zur Haushaltsaufstellung eingereichten Vorab-Entwürfe der Ressorts zugänglich zu machen.

## **Nr. 19/261**

### **Gesetz zur Stärkung der Regionalsprache Niederdeutsch im Medienbereich**

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit

vom 18. Januar 2016

(Drucksache [19/247](#))

2. Lesung

Der Bericht und Antrag ist durch die Drucksache 19/343 erledigt.

## **Nr. 19/262**

### **Radio-Bremen-Gesetz (RBG)**

Mitteilung des Senats vom 16. Februar 2016

(Drucksache [19/279](#))

2. Lesung

Der Gesetzesantrag ist durch die Drucksache 19/343 erledigt.

## **Nr. 19/263**

### **Barrierefreiheit im Radio-Bremen-Gesetz verankern**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 23. Februar 2016

(Drucksache [19/302](#))

Der Antrag ist durch die Drucksache 19/343 erledigt.

## **Nr. 19/264**

### **Den Rundfunkrat der gesellschaftlichen Realität anpassen**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 23. Februar 2016

(Drucksache [19/303](#))

Der Antrag ist durch die Drucksache 19/343 erledigt.

## **Nr. 19/265**

### **Rundfunkrat um den Sozialverband Deutschland (SoVD) erweitern**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 24. Februar 2016  
(Drucksache [19/304](#))

Der Antrag ist durch die Drucksache 19/343 erledigt.

## **Nr. 19/266**

### **Radio-Bremen-Gesetz und Gesetz zur Änderung des Bremischen Landesmediengesetzes**

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit  
vom 15. März 2016  
(Drucksache [19/343](#))  
2. Lesung

D a z u

#### **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 15. März 2016**

(Drucksache [19/345](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Radio-Bremen-Gesetz in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz zur Änderung des Bremischen Landesmediengesetzes in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zur Kenntnis.

## **Nr. 19/267**

### **Allgemeine Ausbildungssituation und Angebote für geflüchtete Jugendliche mit Ausbildungsbedarf**

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 9. November 2015  
(Drucksache [19/131](#))

D a z u

#### **Mitteilung des Senats vom 19. Januar 2016**

(Drucksache [19/250](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.



